

12. Sitzung des Gemeinderates - öffentlich -

Sitzungstag:

Donnerstag, 11.03.2021

Sitzungsort:

Feststadl

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
Vorsitzender: Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
Niederschriftführer: Schriftführer Felix Kinzinger		
Gremiumsmitglieder: Manfred Axenbeck Dr. Günther Ernstberger Gisela Fischer Sabine Fister Udo Guist Raphael Gutmann Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Claudia Leitner Johannes Mecke Dr. Stephanie Moser Günter Peischl Manuel Prieler Marianne Rader Jutta Schödl Philipp Schwarz Heide Veit Thomas Weingärtner Johann Zehetmair Stefan Zehetmair		
	Saran Diané Gertrud Mörike Klara Mörike Simone Spratter	

12. Sitzung des Gemeinderates vom 11.03.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratulierte der Vorsitzende dem Gemeinderatsmitglied Frau Dr. Moser nachträglich zum Geburtstag.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

127 21 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Beschluss: 21 : 0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 11.02.2021, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024
Hauptamt

128 21 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Folgende Beschlüsse des Gemeinderats aus den letzten Sitzungen können in der heutigen Sitzung veröffentlicht werden, da die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind:

Beschluss G109 vom 14.01.2021

Antrag auf Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 49c/16 (Feringastrasse 6) und Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans für das Grundstück Feringastrasse 2 (nebst gleichzeitiger Teilaufhebung des Bebauungsplans 39/1986 für das Grundstück Feringastrasse 2)

Das Gremium nimmt den Antrag von Frau Monika Pachtner Feringapark Hotel-u. Gastronomiebetriebs GmbH vom 16.12.2020 zur Kenntnis. Der Gemeinderat spricht sich grundsätzlich für die beantragte Änderung von Hotellerie in Seniorenwohnen mit entsprechenden Betreuungsangeboten in der Feringastrasse 2 und 6 aus, wenn alle rechtlichen Vorgaben eingehalten werden. Sämtliche Kosten die hieraus entstehen sind durch die Antragstellerin zu tragen.

Die Verwaltung wird beauftragt, alle weiteren Schritte in Abstimmung mit der Feringapark Hotel-u. Gastronomiebetriebs GmbH in die Wege zu leiten.

12. Sitzung des Gemeinderates vom 11.03.2021

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Beschluss G110 vom 14.01.2021

Gewährung von finanziellen Hilfen aus humanitären Gründen nach Naturkatastrophen an die Partnergemeinde Tarcento; Genehmigung eines Mittelabrufs

Der Gemeinderat hat Kenntnis vom Mittelabruf der Partnergemeinde Tarcento zur Sanierung der Villa Moretti in Höhe von insgesamt 775.000 €. Ein Investitionszuschuss von 111.232,30 € ist bereits im Haushaltsjahr 2018 zur Auszahlung gelangt.

Die Verwaltung wird ermächtigt weite Zuschussraten bis zu einem Betrag von **663.767,70 €** an die Partnergemeinde Tarcento nach Abruf auszubezahlen bzw. eine Garantie hierfür abzugeben.

Die Zuwendung erfolgt zweckgebunden für die Sanierung der Villa Moretti. Ein Verwendungsnachweis ist innerhalb von zwölf Monaten nach Gewährung des Zuschusses bei der Gemeinde Unterföhring einzureichen.

Die Ermächtigung erfolgt im Vorgriff auf den Beschluss über den Haushalt 2021 und den bei der Haushaltsstelle 00010.9880 veranschlagten Haushaltsansatz von 880.200 €.

Beschluss G112 vom 14.01.2021

Grundschule Unterföhring an der Bahnhofstraße; Beauftragung Objektplaner sowie weiterer Sachstand; Nachprüfungsverfahren Elektroplaner

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis vom Sachverhalt und stimmt einer Beauftragung der Objektplanung – Sanierung Grundschule an der Bahnhofstraße – Leistungsphase 2 bis 9 an den wirtschaftlich annehmbarsten Bieter, dem Architekturbüro ssp planung GmbH, Marktplatz 18, 94065 Waldkirchen, gemäß Honorarangebot vom 14.12.2020 zu.

Haushaltsmittel für die Haushaltsjahre 2021/2022/2023 sind bei der Haushaltsstelle 21100.9491 – Baunebenkosten Hochbau/Sanierung – mit einem Gesamtbedarf in Höhe von 1.350.000,-€ eingeplant.

Beschluss G113 vom 14.01.2021

Vergabe der Unterhalts- und Glasreinigung für das Kinderhaus / Mittagsbetreuung (MIB) an der Straßäckerallee 15

Der Gemeinderat nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis und stimmt der Vergabe der Reinigungsleistung – Unterhalts- und Glasreinigung Kinderhaus /

12. Sitzung des Gemeinderates vom 11.03.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

MIB – rückwirkend ab 01.01.2021 - an den wirtschaftlichsten Bieter, die Fa. Emsiges Bienchen Gebäudereinigung & Service für Dienstleistungen, Firkenweg 1, 85774 Unterföhring, für die Vertragslaufzeit von drei Jahren gemäß Angebot vom 10.12.2020 zu.

Die Kosten sind auf den Haushaltsstellen 46432.5433 und 21111.5433 zu verbuchen.

AZ 024
Hauptamt

21 **Haushalt 2021 (Empfehlungsbeschlüsse aus dem Finanzausschuss)**

AZ 94
Finanzen

129 21 **Haushalt 2021 (Empfehlungsbeschlüsse aus dem Finanzausschuss)**
Grundsteuerhebesätze A und B 2021

Im Entwurf des Haushaltsplanes 2021 wird die Grundsteuer A und B jeweils mit dem Hebesatz 250 v. H. veranschlagt. Der Ansatz bei der Grundsteuer A beträgt 7.500 €, bei der Grundsteuer B 2,5 Mio. €.

Der Finanzausschuss empfiehlt mit Beschluss vom 15.11.2020 Nr. G21, den Hebesatz für die Grundsteuer A und B im Haushaltsjahr 2021 jeweils bei 250 v. H. zu belassen.

Beschluss: 21 : 0

Der Hebesatz bei den Grundsteuern A und B wird weiterhin jeweils bei 250 v. H. belassen.

AZ 9241
Finanzen

130 21 **Haushalt 2021 (Empfehlungsbeschlüsse aus dem Finanzausschuss)**
Gewerbsteuerhebesatz 2021

Im Entwurf des Verwaltungshaushalts 2021 wird die Gewerbesteuer mit dem Hebesatz 330 v. H. veranschlagt. Der Ansatz bei der Gewerbesteuer beträgt 60 Mio. €.

12. Sitzung des Gemeinderates vom 11.03.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Mit Beschluss vom 25.11.2020, Nr. G22, wird vom Finanzausschuss empfohlen, den Hebesatz für die Gewerbesteuer im Haushaltsjahr 2021 bei 330 v. H. zu belassen.

Beschluss: 21 : 0

Der Hebesatz bei der Gewerbesteuer wird weiterhin bei 330 v. H. belassen.

AZ 9242
Finanzen

131 21

Haushalt 2021 (Empfehlungsbeschlüsse aus dem Finanzausschuss) **Erhebung von Hundesteuer 2021**

Der Bürgermeister verweist auf den GR-Beschluss vom 14.12.2000, Nr. 868, in dem der Erlass der Hundesteuersatzung zum 01.01.2001 beschlossen wurde, sowie auf den Beschluss vom 19.04.2012, Nr. 760, in welchem der Gemeinderat eine Neufassung der Hundesteuersatzung, gültig ab 01.05.2012, zugestimmt hat.

Der Finanzausschuss empfiehlt mit Beschluss vom 25.11.2020, Nr. G23, die Erhebung von Hundesteuer weiterhin gemäß der ab 01.05.2012 gültigen Satzung zu vollziehen.

Beschluss: 21 : 0

Die Erhebung von Hundesteuer ist weiterhin gemäß der ab 01.05.2012 gültigen Satzung zu vollziehen.

AZ 9243
Finanzen

132 21

Haushalt 2021 (Empfehlungsbeschlüsse aus dem Finanzausschuss) **Erhebung von Gebühren für die Kindergärten, Kinderkrippen, den Hort und die Kindertagespflege**

Der Vorsitzende bringt Art. 62 Abs. 2 GO in Erinnerung, in dem auf die Rangfolge der Einnahmebeschaffung verwiesen wird. Art. 62 GO gibt eine verbindliche Reihenfolge der Einnahmebeschaffung vor, die keinen Ermessensspielraum bietet. Auch die Tatsache, dass eventuell höhere Steuereinnahmen (insbesondere aus der Gewerbesteuer) eingehen, rechtfertigt keinen Verzicht auf Gebühren und Beiträge.

Diese sind gemäß Art. 62 Abs. 2 GO vorrangig gegenüber Steuern und insbesondere gegenüber Kreditaufnahmen zu erheben. Eine Kreditaufnahme ist im Finanzplan 2022 bis 2024 nicht vorgesehen.

12. Sitzung des Gemeinderates vom 11.03.2021

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Der Bürgermeister verweist auf den GR-Beschluss vom 13.02.2020, Nr. 994, in dem der Gemeinderat zuletzt – für das Haushaltsjahr 2020 – auf die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Kindergärten, Kinderkrippen, den Hort und die Kindertagespflege weiterhin verzichtet hat.

Des Weiteren wird auf den GR-Beschluss vom 12.10.2006, Nr. G772, verwiesen, in dem zugestimmt wurde, dass für alle Unterförhringer Kindertageseinrichtungen die Trägerschaft auf die Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Oberbayern e.V. übertragen wird, um die vollen Fördermittel auszuschöpfen. Die entgangenen Gebühren (Elternbeiträge) werden seither als freiwillige Leistung der Gemeinde an die Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Oberbayern e.V. erstattet.

Der Finanzausschuss empfiehlt mit Beschluss vom 25.11.2020, Nr. G24, auf die Gebühren für die Kindergärten, Kinderkrippen und den Hort in 2021 weiterhin zu verzichten.

Das Defizit – entgangenen Elternbeiträge – übernimmt wie in den Vorjahren die Gemeinde als freiwillige Leistung für den Bürger.

Beschluss: 21 : 0

Dem Gemeinderat wird empfohlen, auf die Erhebung von Gebühren für die Kindergärten, Kinderkrippen und den Hort in 2021 weiterhin zu verzichten.

Das Defizit – entgangenen Elternbeiträge – übernimmt wie in den Vorjahren die Gemeinde als freiwillige Leistung für den Bürger.

AZ 930
Finanzen

133 21

Haushalt 2021 (Empfehlungsbeschlüsse aus dem Finanzausschuss) **Aufwendungs- und Kostenersatz bei Einsätzen der Feuerwehr**

Nach Art. 28 Abs. 1 Satz 1 BayFWG steht es im Ermessen der Gemeinde, Aufwendungs- und Kostenersatz zu verlangen. Allerdings gilt Art. 61 und 62 GO, wonach auf eine wirtschaftliche und sparsame Haushaltsführung zu achten ist.

Der Bürgermeister verweist auf den Beschluss des Finanzausschusses vom 20.11.2006 zum Haushalt 2007, Nr. G71, in dem nach Vorliegen eines Erfahrungsberichts von der Erhebung eines Aufwendungs- und Kostenersatzes abgesehen wurde.

Der Finanzausschuss empfiehlt mit Beschluss vom 25.11.2020, Nr. G25, auf die Erhebung eines Aufwendungs- und Kostenersatzes bei Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehr weiterhin zu verzichten.

12. Sitzung des Gemeinderates vom 11.03.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Beschluss: 21 : 0

Auf die Erhebung eines Aufwendungs- und Kostenersatzes bei Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehr wird weiterhin verzichtet.

AZ 930
Finanzen

134 21

Haushalt 2021 (Empfehlungsbeschlüsse aus dem Finanzausschuss) **Stellenplan 2021**

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern im Vorfeld zur heutigen Sitzung ein Entwurf des Stellenplanes für die Beamten und Beschäftigten als Anlage im Haushaltsplan 2021 zugestellt wurde.

Im Beschäftigtenbereich erhöht sich im Haushaltsjahr 2021 die Stellenzahl auf 159 Vollzeitstellen im Vergleich mit 152 Stellen im Vorjahr.

Im Ausbildungsbereich sind für 2021 4 Stellen eingeplant.

Mit Beschluss vom 26.10.2020, Nr. G11, empfiehlt der Finanzausschuss, den vorgelegten Stellenplan für die Beamten und Beschäftigten für das Jahr 2021 zu genehmigen.

Beschluss: 21 : 0

Der Stellenplan für die Beamten und Beschäftigten für das Jahr 2021 wird genehmigt.

AZ 941
Finanzen

21

Haushalt 2021 (Empfehlungsbeschlüsse aus dem Finanzausschuss) **Haushaltsplan für das Jahr 2021**

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern im Vorfeld zur heutigen Sitzung ein Entwurf des Haushaltsplans für das Jahr 2021 zugestellt wurde.

Die Beschlüsse des Finanzausschusses vom 26.10.2020, Nr. G11, (Stellenplan 2021) und vom 28.01.2021, Nr. G33 (Verwaltungs- und Vermögenshaushalt 2021 mit Finanzplan 2022 - 2024) werden bekannt gegeben.

Der Finanzausschuss empfiehlt,

12. Sitzung des Gemeinderates vom 11.03.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

den Entwurf des Verwaltungshaushalts 2021, der in den Einnahmen und Ausgaben mit 107.676.500,00 € abschließt,

sowie den Entwurf des Vermögenshaushalts, der in den Einnahmen und Ausgaben mit 98.788.400,00 € abschließt,

zu beschließen.

Beschluss: 21 : 0

Der Entwurf des Verwaltungshaushalts 2021, der in den Einnahmen und Ausgaben mit 107.676.500,00 € abschließt, wird beschlossen.

Auch dem Entwurf des Vermögenshaushalts 2021, der in den Einnahmen und Ausgaben mit 98.788.400,00 € abschließt, wird beschlossen

AZ 941
Finanzen

135 21

Haushalt 2021 (Empfehlungsbeschlüsse aus dem Finanzausschuss) **Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021**

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern im Vorfeld zur heutigen Sitzung ein Entwurf der Haushaltssatzung für das Jahr 2021 zugestellt wurde.

Der Finanzausschuss empfiehlt mit Beschluss vom 28.01.2021, Nr. G34, die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 zu erlassen.

Beschluss: 21 : 0

Die im Entwurf beiliegende Haushaltssatzung 2021 wird zum 01.01.2021 erlassen und als Anlage zur Niederschrift erklärt.

AZ 941
Finanzen

136 21

Haushalt 2021 (Empfehlungsbeschlüsse aus dem Finanzausschuss) **Finanzplan für die Jahre 2022 bis 2024**

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern im Vorfeld zur heutigen Sitzung ein Entwurf des Finanzplanes für die Jahre 2022 bis 2024 zugestellt wurde. Der Finanzplan wird erläutert.

12. Sitzung des Gemeinderates vom 11.03.2021

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Empfehlungsbeschluss des Finanzausschusses vom 28.01.2021, Nr. G33, wird bekanntgegeben.

Der Finanzplan 2022 – 2024 schließt – in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen – mit folgenden Beträgen ab:

2020:	273.018.300,00 €
2021:	206.464.900,00 €
2022:	175.075.700,00 €
2023:	185.392.900,00 €
2024:	168.260.600,00 €

Beschluss: 21 : 0

Der Gemeinderat beschließt, den im Entwurf vorgelegten Finanzplan für die Jahre 2022 bis 2024, der jeweils in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen ist, mit folgenden Abschluss-Summen:

2020:	273.018.300,00 €
2021:	206.464.900,00 €
2022:	175.075.700,00 €
2023:	185.392.900,00 €
2024:	168.260.600,00 €

AZ 943
Finanzen

137 21 Auszahlung in die Kapitalrücklage der GEOVOL Unterföhring GmbH

Der Vorsitzende erläutert, dass im Haushalt 2021 bei der Haushaltsstelle 81400.9300 Mittel für Investitionskosten der GEOVOL Unterföhring GmbH in Höhe von 4,0 Mio. € eingestellt wurden.

Mit E-Mail vom 18.01.2021 stellt der Geschäftsführer, Herr Lohr, den Antrag, die Auszahlung für 2021 in 3 Raten vorzunehmen.

Als optimale Auszahlungstermine nennt Herr Lohr die Monate April, Juli und September 2021.

Die Verwaltung schlägt folgende Auszahlungstermine in die Kapitalrücklage der GEOVOL Unterföhring GmbH in 2021 vor:

1. Rate: 21.04.2021, 2,0 Mio. €
2. Rate: 21.07.2021, 1,0 Mio. €
3. Rate: 21.09.2021, 1,0 Mio. €

Beschluss: 21 : 0

12. Sitzung des Gemeinderates vom 11.03.2021

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Der Auszahlung 2021 als Zuführung in die Kapitalrücklage der GEOVOL Unterföhring GmbH in 3 Teilraten wird zugestimmt.

Folgende Ratenzahlung wird festgelegt:

1. Rate: 21.04.2021, 2,0 Mio. €
2. Rate: 21.07.2021, 1,0 Mio. €
3. Rate: 21.09.2021, 1,0 Mio. €

Die Abwicklung hat über die Haushaltsstelle 81400.9300 zu erfolgen.

AZ 9111
Finanzen

138 21 **Bürgerhausvorplatz; Sachstand und weiteres Vorgehen bzgl. Umgestaltung des Wirtsgarten (Ideenteil); Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss**

Der Bürgermeister erinnert an den Beschluss des Gemeinderats Nr. 983 vom 16.01.2020 in dem das Gremium dem überarbeiteten Vorentwurf vom 25.11.2019 der Landschaftsarchitekten Zuckschwert + Martin, 85354 Freising zustimmte.

Die entstehenden Baukosten in Höhe von rund 402.000,00 € brutto (zzgl. Baunebenkosten HHST 76010.9590 wurden genehmigt und sind im Haushalt 2020 ff. unter der HHST 76010.9540 zu verbuchen.

Der erste Bürgermeister erinnert an in die Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses Nr. 80, vom 24.02.2021, in welchem das Gremium der Ausführung des Ideenteils durch die Landschaftsarchitekten Zuckschwert + Martin, Freising vom 08.02.2021 mit folgenden Ausführungsdetails zugestimmt hat:

- Bäume: Ersatz der beiden Gleditschien durch Scharlach-Roskastanien
- Hecken: Hainbuche
- Kinderspielplatz: Ersatz des EPDM-Belags durch Riesel

Die Kostenberechnung vom 08.02.2021 sowie die PPP vom 22.02.2021 wurden dem Gremium zugestellt.

Der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss stimmte den Gesamtkosten für die Umgestaltung des Wirtsgarten (Ideenteil) gemäß der Kostenschätzung durch die Landschaftsarchitekten Zuckschwert + Martin, Freising vom 08.02.2021 in Höhe von ca. 343.000,00 € brutto zu.

Die Kosten für die oben genannte Maßnahme werden in der heutigen Sitzung dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt.

12. Sitzung des Gemeinderates vom 11.03.2021

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Terminschiene und Realisierung:

Realisierungsteil Sitzinseln Vorplatz - Zeitschiene

Im März 2021 soll der Sitzinsel-Prototyp von der Fa. Paintner Holzbau GmbH geliefert und aufgestellt werden. Anschließend können ggf. – nach der Entscheidung des Gremiums über den Sitzinsel-Prototyp – die weiteren Sitzinseln ausgeschrieben werden.

Ideenteil Wirtsgarten – Zeitschiene

1. Freigabe des Entwurfs durch die heutige GR-Sitzung 11.03.2021
2. Werkplanung und Freigabe durch AG bis Ende Juni 2021
3. Veröffentlichung der Ausschreibungsunterlagen Ende Juni 2021
5. Submission Anfang Juli 2021
6. Auftragsvergabe in der Sitzung des Bau- Verkehr- und Grundstücksausschusses am 19.07.2021
7. Ausführung August (KW 39) bis Oktober (KW 47), Pflanzung im November 2021

Beschluss: 21 : 0

Dar Gemeinderat folgt der Beschlussempfehlung des Bau- Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 24.02.2021, Nr. 80 und stimmt der Ausführung des Ideenteils durch die Landschaftsarchitekten Zuckschwert + Martin, Freising vom 08.02.2021 mit folgenden Ausführungsdetails zu:

- Bäume: Ersatz der beiden Gleditschien durch Scharlach-Rosskastanien
- Hecken: Hainbuche
- Kinderspielplatz: Ersatz des EPDM-Belags durch Riesel

Weiter stimmt der Gemeinderat den Gesamtkosten für die Umgestaltung des Wirtsgarten (Ideenteil) gemäß der Kostenberechnung durch die Landschaftsarchitekten Zuckschwert + Martin, Freising vom 08.02.2021 in Höhe von ca. 343.000,00 € brutto zu.

Die entstehenden Baukosten in Höhe von rund 343.000,00 € brutto werden genehmigt und sind im Haushalt 2021 ff. unter der HHST 76010.9540 zu verbuchen.

AZ 631
Bauamt

12. Sitzung des Gemeinderates vom 11.03.2021

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

21 **Empfehlungsbeschlüsse aus dem Umwelt-, Digital- und Energieausschuss**

AZ 0241
Bauamt

139 21 **Empfehlungsbeschlüsse aus dem Umwelt-, Digital- und Energieausschuss**
Erlass einer Fahrradabstellplatzsatzung (FabS) für das Gemeindegebiet Unterföhring

Der Erste Bürgermeister bringt den Beschluss des Umwelt- und Energieausschuss vom 25.09.2019, Beschluss Nr. 49, in Erinnerung, mit welchem dem Gemeinderat u. a. empfohlen wurde, die Fahrradabstellplatzsatzung des Landeshauptstadt München analog für die Gemeinde Unterföhring zu erlassen. Die Fahrradabstellplatzsatzung der Landeshauptstadt München wurde letztmals geändert durch Stadtratsbeschluss vom 17.06.2020, bekannt gemacht am 10.07.2020 (MüABl. S. 406), gültig seit 01.10.2020. Diese Satzung trat am 01.10.2020 in Kraft. Gleichzeitig trat die Satzung der Landeshauptstadt München über die Herstellung und Bereitstellung von Abstellflächen für Fahrräder (Fahrradabstellplatzsatzung – FabS) vom 06.08.2012 (MüABl. S. 281) außer Kraft.

Eine Prüfung der angrenzenden Gemeinden bzw. der Mitgliedsgemeinden der Nord Allianz hat folgendes ergeben:

Satzung für Fahrradabstellanlagen		Stand vom:
Eching	Entwurf	
Garching		26.11.2018
Hallbergmoos		22.10.2019
Ismaning		17.12.2018
Neufahrn bei Freising		29.10.2018
Oberschleißheim		24.02.2011
Unterschleißheim		KEINE
Kirchheim bei München		01.07.2019

Die Prüfung kam weiter zu dem Ergebnis, dass sich diese Kommunen im Wesentlichen an den Werten der Fahrradabstellplatzsatzung (FabS) der Landeshauptstadt München orientiert haben.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass seitens der Gemeinde Unterföhring die Errichtung überdachter Fahrradabstellanlagen durch das Förderprogramm Mobilität gefördert wird. Die Verwaltung hat im Jahr 2020, 6 Anträge

12. Sitzung des Gemeinderates vom 11.03.2021

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

bearbeitet. Das Förderprogramm Mobilität ist bei Erlass einer Fahrradabstellplatzsatzung für die verpflichtende Errichtung von Fahrradabstellplätzen dahingehend zu ändern, als dass nurmehr nachträgliche oder zusätzlich überdachte Fahrradabstellplätze förderfähig sind. Stellplätze im Rahmen der Fahrradabstellplatzsatzung sind von der Förderung auszuschließen.

Mit Beschluss des Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 02.03.2021, Beschluss Nr. 13, wird dem Gemeinderat folgender Beschluss empfohlen:

Das Gremium schließt sich dem Entwurf der Fahrradabstellplatzsatzung für die Gemeinde Unterföhring, Stand 25.02.2021, sowie der Empfehlung des Umwelt-, Digital und Energieausschuss vom 02.03.2021 ohne Anregungen, Änderungen und Anmerkungen an.

Die Fahrradabstellplatzsatzung erhält den Stand 11.03.2021.

Gleichzeitig beschließt das Gremium das Förderprogramm Mobilität Bauliche Anlagen in den Fördervoraussetzungen dahingehend zu ändern, als dass Fahrradabstellanlagen im Geltungsbereich der Fahrradabstellplatzsatzung der Gemeinde Unterföhring von der Förderung ausgeschlossen sind.

Die Änderung ist in das Förderprogramm aufzunehmen und tritt mit der Fahrradabstellplatzsatzung der Gemeinde Unterföhring zum 01.04.2021 in Kraft.

Ein Entwurf der Fahrradabstellplatzsatzung der Gemeinde Unterföhring, Stand 25.02.2021, auf Grundlage der derzeit gültigen FabS der Landeshauptstadt München sowie das Förderprogramm Mobilität, Stand 16.01.2020, wurden dem Gremium zugestellt.

Beschluss: 21 : 0

Das Gremium schließt sich der Empfehlung des Umwelt- Digital und Energieausschuss vom 02.03.2021, Beschluss Nr. 13, an und beschließt die Fahrradabstellplatzsatzung für das Gemeindegebiet Unterföhring, Stand 11.03.2021, als Satzung.

Gleichzeitig beschließt das Gremium das Förderprogramm Mobilität Teil B Bauliche Anlagen in den Allgemeinen Fördervoraussetzungen wie folgt zu ergänzen:

- Fahrradabstellanlagen auf Grundlage der Fahrradabstellplatzsatzung der Gemeinde Unterföhring sind von der Förderung ausgeschlossen.

Die Änderung ist in das Förderprogramm einzuarbeiten und erhält den Stand. 11.03.2021.

Die Fahrradabstellplatzsatzung der Gemeinde Unterföhring, Stand

12. Sitzung des Gemeinderates vom 11.03.2021

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

11.03.2021, sowie das Förderprogramm Mobilität, Stand 11.03.2021, treten zum 01.04.2021 in Kraft.

AZ 6012
Bauamt

Empfehlungsbeschlüsse aus dem Umwelt-, Digital- und Energieausschuss

140 21 **Energiesparförderprogramm - Richtlinien; Fortschreibung**

Der Erste Bürgermeister erinnert an die Beschlüsse des Gemeinderats vom 09.02.1996, Nr. 1310 – 1324. Darin wurde dem Erlass eines Förderprogrammes für Energiesparmaßnahmen zugestimmt. Die Richtlinien für das Förderprogramm traten am 01.03.1996 in Kraft. Weiterhin bringt der Erste Bürgermeister den Empfehlungsbeschluss des Umwelt- und Energieausschusses vom 20.09.2016, Nr. 17, und den Beschluss des Gemeinderats vom 13.10.2016, Nr. 469, zur Aktualisierung der Energiesparförderprogramm - Richtlinie in Erinnerung.

Weiter bringt der Erste Bürgermeister den Empfehlungsbeschluss des Umwelt- und Energieausschuss vom 25.09.2019, Beschluss Nr. 50, sowie des Gemeinderates vom 09.10.2019, Beschluss Nr. 944, in Erinnerung, mit welchen sich die Gremien für die Aufstellung eines eigenständigen Förderprogramms zum Thema Mobilität aussprachen. Punkt 2.6 der Energiesparförderprogramm – Richtlinie wird dadurch ersetzt.

Mit dem Programm „Bundesförderung für effiziente Gebäude“ (BEG) setzt die Bundesregierung ab 2021 die energetische Gebäudeförderung neu auf. Dazu werden die bisherigen Programme zur Förderung von Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien im Gebäubereich – darunter das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm und das Marktanreizprogramm zur Nutzung Erneuerbarer Energien im Wärmemarkt – gebündelt und weiterentwickelt zu einem modernisierten, vereinfachten und optimierten Förderangebot und noch stärker auf die energie- und klimapolitischen Ziele ausgerichtet. Die BEG ist ein Kernelement des nationalen Klimaschutzprogramms 2030 sowie der Langfristigen Renovierungsstrategie und des National Energy and Climate Plan (NECP) der Bundesregierung auf europäischer Ebene und trägt damit als die zentrale Maßnahme im Gebäudesektor zur Erreichung der deutschen und europäischen Energie- und Klimaziele bei. Mit der BEG sollen die Anreize für Investitionen in Energieeffizienz und Erneuerbare Energien spürbar verstärkt, bestehende Hemmnisse beseitigt und die Sanierungsrate im Gebäubereich weiter gesteigert werden. Das Bundesförderprogramm vom 26.10.2020 wurde am 29.10.2020 im Bundesanzeiger veröffentlicht. Die Förderbekanntmachung trat am 1. November 2020 in Kraft und endet mit Ablauf des 31. Dezember 2024.

Durch dieses Förderprogramm werden alle Förderprogramme des Bundes zusammengefasst. Punkt 2.1 Kombinierte Förderung der Energiesparförderprogramm - Richtlinie mit einer Förderung der Kreditanstalt

12. Sitzung des Gemeinderates vom 11.03.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

für Wiederaufbau (KfW) oder einer Förderung des Bundesamtes für Wirtschaft- und Ausfuhrkontrolle (BAFA) in bisheriger Form ist dadurch nicht mehr zutreffend.

Aufgrund vorgenannter Änderungen wurde die Energieberatung der Stadtwerke München, Herr Schütt, gebeten, die Energiesparförderprogramm – Richtlinie (Stand 03.08.2018) auf den aktuellen technischen und rechtlichen Stand zu prüfen und zu aktualisieren.

Die Überarbeitete Fassung im Änderungsmodus, Stand 25.02.2021, wurde dem Gremium zugestellt.

Mit Beschluss des Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 02.03.2021, Beschluss Nr. 14, wird dem Gemeinderat folgender Beschluss empfohlen:

Das Gremium stimmt den vorgelegten Änderungen der Energiesparförderprogramm – Richtlinie, Stand 25.02.2021, ohne Anregungen und Änderungen zu.

Das Förderprogramm ist nach heutiger Beschlussfassung zu aktualisieren und erhält den Stand 11.03.2021.

Die Energiesparförderprogramm – Richtlinie, Stand 11.03.2021, tritt am 01.04.2021 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Energiesparförderprogramm – Richtlinie, Stand 08.03.2018, außer Kraft.

Für Anträge bis 31.03.2021 gilt die bisherige Fassung der Energiesparförderprogramm – Richtlinie, Stand 08.03.2018 fort.

AZ 865
Bauamt

141

21

Empfehlungsbeschlüsse aus dem Umwelt-, Digital- und Energieausschuss

Erweiterung der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität; Antrag der Firma On Charge GmbH auf Sondernutzung öffentlicher Straßengrund

Der Erste Bürgermeister bringt den Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss vom 03.07.2018, Nr. 505, in Erinnerung, mit welchem dem Gemeinderat folgender Beschluss empfohlen wurde:

Zur Erweiterung der Elektro-Ladeinfrastruktur wird folgender Standort geplant und realisiert:

- S-Bahn-Bahnhof – 2 neue Ladesäulen mit 4 Ladepunkten

12. Sitzung des Gemeinderates vom 11.03.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Des Weiteren wird ein Abrechnungssystem für die bereits geplanten und realisierten Ladepunkte vorgesehen. Hierzu wird ein Backendsystem mit hoher Kompatibilität zum Landkreis und Landeshauptstadt München, sowie Nachbarlandkreise bevorzugt.

Die Abrechnung soll über einen Dienstleister ab Inbetriebnahme weiterer Ladepunkte erfolgen. Die Verwaltung soll hier verschiedene Angebote einholen und prüfen.

Die Förderung für die laufende und geplante Erweiterung der Ladeinfrastruktur soll beantragt werden, um Kosten zu senken.

Die Ausgaben sind unter der Haushaltsstelle 87000.9520 (Stromtankstelle S-Bahnhof - Baukosten Tiefbau) in den Haushalt einzustellen und zu verbuchen.

Mit Beschluss des Gemeinderates vom 13.09.2018, Beschluss Nr. 776, schloss sich das Gremium der Empfehlung wie folgt an:

Zur Erweiterung der Elektro-Ladeinfrastruktur werden am S-Bahn-Bahnhof zwei neue Ladesäulen geplant und realisiert. Es werden ca. 40.000,- Euro brutto als Investitionskosten anfallen.

Die Abrechnung soll über einen Dienstleister ab Inbetriebnahme weiterer Ladepunkte erfolgen.

Die Ausgaben sind unter der Haushaltsstelle 87000.9520 (Stromtankstelle S-Bahnhof. Baukosten Tiefbau) in den Haushalt einzustellen und zu verbuchen.

Die bereits beantragte Förderung für die geplante Erweiterung der Ladeinfrastruktur soll nach Bewilligung abgerufen werden, um Kosten zu senken.

Die vier Ladepunkte am S-Bahnhof wurden im Zuge des Neubaus der VHS mit Musikschule und Tiefgarage als zusätzliche Stellplätze vor die P+R-Anlage verlegt. Der ursprüngliche Standort an der Buswendeschleife wurde für die Standplätze des Carsharing Statto verwendet. Die neuen Ladepunkte wurden am 17.12.2019 in Betrieb genommen. Die Kosten beliefen sich auf insgesamt 37.881,65 € brutto bei einer pauschalen Förderung von 11.000,- €. Der Verwendungsnachweis wurde am 26.11.2020 eingereicht und liegt derzeit zur Prüfung.

Weiter bringt der Erste Bürgermeister den Beschluss des Gemeinderates vom 09.10.2019, Beschluss Nr. 945, in Erinnerung. Die Verwaltung wurde beauftragt den Rahmenvertrag zw. dem Landkreis München und dem Backend-Dienstleister Wirelane GmbH zu nutzen und eine Nutzungsvereinbarung mit dem Landkreis abzuschließen. Die Laufzeit der Nutzungsvereinbarung zwischen Landratsamt/Landkreis und der Gemeinde wurde über ein Jahr vereinbart und verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr.

12. Sitzung des Gemeinderates vom 11.03.2021

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Die benötigten Haushaltsmittel für die Abrechnung der E-Ladepunkte im Vorbericht genannten Standorte mit 300,- € brutto/mtl. und 3.000 €/brutto jährlich, werden genehmigt. Die Haushaltsmittel sind unter einer neuen Haushaltstelle einzustellen und für die Folgejahre im Haushalt zu berücksichtigen.

Bis auf Weiteres wird der Empfehlung des Landratsamts München gefolgt und ein Einheitspreis von 0,39 Cent pro kWh für alle Endnutzer angesetzt. Dem Gemeinderat ist ein Erfahrungsbericht spätestens nach einem vollen Betriebsjahr vorzulegen.

Eine entsprechende Vereinbarung zwischen dem Landkreis München und der Kommune Unterföhring zur Nutzung des Backendsystems für die Ladeinfrastruktur im Landkreis München wurde am 01.10.2019 geschlossen.

Die Vereinbarung verlängert sich automatisch um ein Jahr, verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht sechs Monate vor dem jeweiligen Ablauf durch einen der Vertragspartner gekündigt wird.

Mit Beschluss des Gemeinderates vom 18.06.2020, Beschluss Nr. 44, wurde der Tarif für die Ladung der E-Kfz an gemeindlichen E-Lademöglichkeiten an den neuen Tarif des LRA München angepasst. Dieser lag derzeit bei 0,38 € brutto pro kWh. Für die zukünftigen Tarifänderungen wurde die Verwaltung ermächtigt, die Tarife anzupassen. Änderungen sind dem Gremium bekannt zu geben.

Die Gemeinde Unterföhring betreibt derzeit insgesamt folgende 25 öffentlichen Ladepunkte, welche gemäß § 5 Ladesäulenverordnung (LSV) bei der Bundesnetzagentur gemeldet wurden:

Anzahl	Standort
8	Tiefgarage Jahnstraße, Jahnstraße 9
10	Parkhaus Diesel-/Beta-Straße, Dieselstraße 15
4	S-Bahnhof vor Park&Ride, Am Bahnhof 1
3	Tiefgarage VHS mit Musikschule, Am Bahnhof 13

Weitere Ladepunkte stehen am Schulcampus Unterföhring, Mitterfeldallee 17, sowohl oberirdisch als auch in der Tiefgarage kurz vor Inbetriebnahme und Aufschaltung.

Zur Erweiterung des Ladeangebotes der Gemeinde Unterföhring sollen analog den aktuellen Neubauten zwei Ladepunkte am Bürgerhaus neben der Anlieferungszone errichtet

Weiter bietet sich der bestehende Stromanschluss der E-Bus-Ladestation an der Straßäckerallee 15 nach deren Verlegung an den Schulcampus zur Folgenutzung durch PKW an. Innerhalb 250 m würden u.a. Teile Lohwiesenweg, Straßäckerallee, Brunnbachlweg und Voglbachlweg abgedeckt werden.

12. Sitzung des Gemeinderates vom 11.03.2021

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Bereits verschiedene Anbieter wie eze, On Charge und PV bikeport haben bei der Verwaltung angefragt, ob die Gemeinde die Errichtung weiterer Ladesäulen im öffentlichen Parkraum. Durch die Firma Eze wurde ein Standort an der Siedler Straße 2 Rückseite Moosstraße zur Münchner Straße hin auf privatem Grund errichtet.

Durch den Aufbau von Ladestationen im öffentlichen Raum wird es Mietern und Eigentümern, die auf öffentliche Parkflächen angewiesen sind, möglich, Elektromobilität zu nutzen. Der Anschluss solcher Ladepunkte erfolgt über das öffentliche Netz und wird durch den lokalen Netzbetreiber hergestellt.

Seitens der Firma On Charge GmbH, Am Kielshof 39, 51105 Köln, wurden folgende zwei Standorte zur Sondernutzung zur Errichtung von gewerblichen Ladesäulen auf öffentlichem Grund beantragt:

Blumenstraße 60
Föhringer Allee gegenüber Hausnummer 85

Die zu erwartenden Kosten für die Errichtung solcher gewerblichen Ladesäulen liegen zwischen monatlichen Pauschalen bis zu kostenfrei (gemäß Konzeptunterlage On Charge).

Für die Installation und den wirtschaftlichen Betrieb einer Ladesäule sind je zwei öffentliche Stellplätze erforderlich, welche ausschließlich den Elektrofahrzeugen (ggfs. mit Beschränkung während des Ladevorgangs) vorbehalten sind. Diese Stellplätze werden dem restlichen motorisierten Individualverkehr (mlv) entzogen.

Auf Nachfrage erklärte die Firma On Charge mit Mail vom 18.02.2021, dass die Ladesäulen im Hinblick auf die Nutzungsdauer dem privaten Grund gleichzusetzen sind, also mindestens 8 Jahre. In der Regel vereinbart On Charge mit Kommunen immer eine Laufzeit von 10 Jahren. Der Strom an der Ladesäule wird für eine Gebühr von derzeit 0,36 €/kWh brutto veräußert.

Seitens Technischem Tiefbauamt der Gemeinde Unterföhring wurde mit E-Mail vom 23.11.2020 zum Standort Blumenstraße 60 wie folgt Stellung genommen:

Aus der Sicht des Technischen Tiefbauamtes ist der Standort Blumenstr. 60 ungeeignet.

Begründung: In diesem Abschnitt der Blumenstr gibt es lediglich nicht-markierte (aber selbstverständlich entsprechend beschilderte) Längsparker entlang des Gehweges. Es gibt also keine Buchten. Die Ladesäule müsste auf dem Gehweg stehen, was unpraktisch ist und evtl. sogar ein nicht unerhebliches Gefahrenpotential für die Fußgänger und auf dem Gehweg fahrradfahrende Kinder anbelangt. Die Säule würde hier die Leichtigkeit des Verkehrs beeinträchtigen. In einer Parkbucht könnte man hier die Säule „geschützt“ und ohne Beeinträchtigung für Fußgänger und Kinder positionieren.

12. Sitzung des Gemeinderates vom 11.03.2021

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Am beantragten Standort an der Föhringer Allee gegenüber Hausnummer 85 besteht eine Grünfläche. Verkehrsflächen sind durch die aufgehende Ladesäule nicht beeinträchtigt.

Bisher wurden noch keine gewerblichen Ladesäulen im öffentlichen Straßenraum genehmigt. Durch die Genehmigung werden dem öffentlichen Parkraum Stellplätze für die ausschließliche Nutzung durch E-Fahrzeuge mit Kennzeichnung entzogen. Es bedarf daher der Grundsatzentscheidung der Gremien.

Das On Charge Konzept für den Aufbau von Ladestationen, die beantragten Standorte Blumenstraße 60 und Föhringer Allee ggü. 85 der Firma On Charge GmbH, die Steckbriefe der Standorte aus dem Elektromobilitätskonzept Landkreis München sowie ein Luftbild aller thematisierten Standorte wurden dem Gremium zugestellt.

Ergänzend weist der Erste Bürgermeister auf das Gesetz zur Förderung der Elektromobilität und zur Modernisierung des Wohnungseigentumsgesetzes und zur Änderung von kosten- und grundbuchrechtlichen Vorschriften Wohnungseigentumsmodernisierungsgesetz WEMoG) vom 16.10.2020, in Kraft getreten am 01.12.2020, Bekannt gemacht im Bundesgesetzblatt vom 22.10.2020, Nr. 47, hin.

Mit Beschluss des Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 02.03.2021, Beschluss Nr. 12, wird dem Gemeinderat folgender Beschluss empfohlen:

Das Gremium spricht sich grundsätzlich für die Errichtung weiterer Ladestationen im öffentlichen Parkraum aus. Diese sollen an den folgenden Standorten realisiert werden:

- Ahornstraße 32-34 (nördl. Seitenstreifen), 85774 Unterföhring
- Seitenstreifen, Föhringer Allee 41-45, 85774 Unterföhring
- Föhringer Allee Zwischen Voglbachweg und Straßäckerallee (Antrag On Charge)
- Straßäckerallee 15 (Ersatz Busladestation)
- Bürgerhaus Unterföhring, neben TG-Zufahrt

Die Verwaltung wird beauftragt, ein entsprechendes Umsetzungskonzept nach den vergaberechtlichen Vorschriften für Eigenfinanzierung, Miete, Leasing und PPP mit folgenden Maßgaben vorzubereiten und dem Gremium zur abschließenden Entscheidung vorzulegen:

- Miete / Kaufoption
- Mietlaufzeit 8/10 Jahre
- Abrechnung über Dienstleister / Wirelane
- 2 Ladepunkte je Standort á 11/22 kW
- Parkzeitbeschränkung für die max. Ladedauer von 4 Stunden
- Regelmäßige Wartung/Prüfung nach den Hersteller- und rechtlichen Vorgaben

12. Sitzung des Gemeinderates vom 11.03.2021

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

- Antragstellung in Förderverfahren
- Meldung nach § 5 LSV (Ladesäulenverordnung)

Die erforderlichen Kosten sind unter der Haushaltsstelle 87000.9353 bzw. 87000.6780 in den Haushalt einzustellen.

Beschluss: 21 : 0

Das Gremium schließt sich der Empfehlung des Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 02.03.2021, Beschluss Nr. 12, an und spricht sich grundsätzlich für die Errichtung weiterer Ladestationen im öffentlichen Parkraum aus. Diese sollen an den folgenden Standorten realisiert werden:

- Ahornstraße 32-34 (nördl. Seitenstreifen), 85774 Unterföhring
- Seitenstreifen, Föhringer Allee 41-45, 85774 Unterföhring
- Föhringer Allee Zwischen Voglbachweg und Straßäckerallee (Antrag On Charge)
- Straßäckerallee 15 (Ersatz Busladestation)
- Bürgerhaus Unterföhring, neben TG-Zufahrt
- In der Kanalstraße (Isarau) im Bereich der Treppe zur Brücke über den „MIK“
- Am Rathausparkplatz

Darüber hinaus sind Standorte für die Errichtung von „Schnellladestationen“ an der Münchner Straße (im Bereich ehemals Gockl) sowie Dieselstraße/Beta-Straße zu untersuchen.

Die Verwaltung wird beauftragt, ein entsprechendes Umsetzungskonzept nach den vergaberechtlichen Vorschriften für Eigenfinanzierung, Miete, Leasing und PPP mit folgenden Maßgaben vorzubereiten und dem Gremium zur abschließenden Entscheidung vorzulegen:

- Miete / Kaufoption
- Mietlaufzeit 8/10 Jahre
- Abrechnung über Dienstleister / Wirelane
- 2 Ladepunkte je Standort á 11/22 kW
- Parkzeitbeschränkung für die max. Ladedauer von 4 Stunden
- Regelmäßige Wartung/Prüfung nach den Hersteller- und rechtlichen Vorgaben
- Antragstellung in Förderverfahren
- Meldung nach § 5 LSV (Ladesäulenverordnung)

Die erforderlichen Kosten sind unter der Haushaltsstelle 87000.9353 bzw. 87000.6780 in den Haushalt einzustellen.

AZ 637
Bauamt

12. Sitzung des Gemeinderates vom 11.03.2021

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

142 21 **Aufstellung des vorhabenbezogenen Änderungsbauungsplanes Nr. 49f/21, zur Realisierung von Seniorenwohnen an der Feringastrasse 2 und 6; Aufstellungsbeschluss**

Der Bürgermeister gibt den Antrag der Pachtner Verwaltungs GmbH & Co.KG, Unterföhring, auf Einleitung eines vorhabenbezogenen Änderungsbebauungsplanes zur Realisierung von Seniorenwohnen an der Feringastrasse 2 und 6, vom 01.03.2021, eingegangen am 01.03.2021, bekannt. Der Antrag und die Planunterlagen (Luftbilder sowie Grundrisse) Stand Januar 2021 wurden dem Gremium zugestellt.

Auf den Beschluss des Gemeinderates vom 14.01.2021, Nr. G109, wird hingewiesen, der in der heutigen Sitzung öffentlich bekannt gemacht wird. Der Gemeinderat sprach sich grundsätzlich für die beantragte Änderung von Hotellerie in Seniorenwohnen mit entsprechenden Betreuungsangeboten in der Feringastrasse 2 und 6 aus, wenn alle rechtlichen Vorgaben eingehalten werden. Sämtliche Kosten die hieraus entstehen sind durch die Antragstellerin zu tragen. Die Verwaltung wurde beauftragt, alle weiteren Schritte in Abstimmung mit der Feringapark Hotel- und Gastronomiebetriebs GmbH in die Wege zu leiten.

Die Antragstellerin begründet ihr Vorhaben im Schreiben vom 01.03.2021 damit, dass es die Corona – Pandemie leider notwendig gemacht hat, das bestehende Hotel aufzugeben. Denn auch nach der Corona – Pandemie ist davon auszugehen, dass Geschäftsreisen nicht mehr das bisherige Niveau erreichen werden. Es wird leider keine Zukunft für den Hotelstandort in der Gemeinde Unterföhring gesehen und daher eine Umnutzung in eine Anlage für „Betreutes Seniorenwohnen“ beabsichtigt. Das auf den Grundstücken Feringastrasse 2 und 6 angedachte „Betreute Seniorenwohnen“ stellt eine Form des Wohnens im Sinne des Bauplanungsrechts dar. Es ist angedacht, ca. 110 Appartements für Senioren zu schaffen. Neben den häufig üblichen 1- und 2- Zimmerappartements werden auch größere Appartements mit 3- und 4- Zimmern angeboten werden. Je nach Ausmaß der individuell notwendigen Unterstützung können die Senioren neben den Grundleistungen (allgemeine Betreuungsleistungen wie Notrufdienste, die Vermittlung von Dienst- und Pflegeleistungen oder Informationen und Beratungsleistungen) zusätzlich Wahlleistungen (Betreuung, Verpflegung, Wäscheservice usw.) in Anspruch nehmen. Bei den Wahlleistungen besteht keine Abnahmeverpflichtung. Die Senioren können bzgl. der Wahlleistungen mithin auch keine Leistungen in Anspruch nehmen und haben auch die Möglichkeit Dritte mit Wahlleistungen zu beauftragen. Angedacht ist mithin den Senioren ein möglichst selbstbestimmtes Leben bis hin zur Pflegestufe 1 anzubieten.

Die aktuell einschlägigen Festsetzungen der rechtskräftigen Bebauungspläne für die Grundstücke Feringastrasse 2 und 6 erlauben ein dauerhaftes Seniorenwohnen nicht.

12. Sitzung des Gemeinderates vom 11.03.2021

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Der Bürgermeister erläutert, dass am 08.10.2020 Frau Pachtner in einem Schreiben ihren Änderungswunsch bereits mitgeteilt hat. Hierzu fand am 14.09.2020 ein Abstimmungsgespräch im Rathaus statt, um ein Gespräch mit dem Landratsamt vorzubereiten. Der Erste Bürgermeister bringt zur Kenntnis, dass ein Gespräch im Landratsamt am 30.11.2020 stattgefunden hat. Das Landratsamt hat hier signalisiert, dass keine grundsätzliche Ablehnung gegen das Vorbehalten besteht, wenn alle rechtlichen Rahmenbedingungen erfüllt werden. Diese sind insbesondere Lärmschutz, Nachbarschaftsbelange und keine Einschränkung der vorhandenen Gewerbebetriebe etc.

Beschluss: 15 : 6

Dem Antrag der Pachtner Verwaltungs GmbH & Co.KG, Unterföhring, auf Einleitung eines vorhabenbezogenen Änderungsbebauungsplanes zur Realisierung von Seniorenwohnen an der Feringastrasse 2 und 6, vom 01.03.2021, eingegangen am 01.03.2021, wird zugestimmt. Der Bebauungsplan wird gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren aufgestellt.

Für die Umsetzung der Maßnahme ist ein städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 BauGB mit der Vorhabenträgerin zu schließen.

Es sind die erforderlichen Fachplaner für die Durchführung des Bauleitplanverfahrens sowie ein Rechtsbeistand zur Vorbereitung des Städtebaulichen Vertrages zu beauftragen.

Die entstehenden Kosten (u.a. Rechtsbeistand, Fachplaner, Gutachter) sind durch die Vorhabenträgerin zu tragen.

AZ 6100
Bauamt

143 21

Antrag des Gymnasiums Unterföhring; vorgezogene Anschaffung von interaktiven Tafeln (Touchmonitore) zur Ausstattung von insgesamt 10 Räumen im 2. OG

Mit Schreiben vom 23.02.2021 stellt das Gymnasium Unterföhring, vertreten durch die Schulleiterin Frau StDin Betina Mäusel, den Antrag auf vorgezogene Beschaffung von interaktiven Tafeln (Touchmonitore) für insgesamt 10 Räume. Der Antrag und die Kostenaufstellung wurden dem Gremium zugestellt.

Im Dezember 2020 wurden aufgrund der aktuellen Anforderungen infolge der sich verschlimmernden Corona-Situation die vier großen Inklusionsräume im 2. OG, inkl. der interaktiven Tafeln, in Betrieb genommen und für den Unterricht verwendet.

12. Sitzung des Gemeinderates vom 11.03.2021

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Der Mindestabstand von 1,5 m konnte so auch für ganze Klassen, die in den Koppelgruppen (Latein/Französisch und kath und ev. Religionslehre) zusammen unterrichtet werden und zum Teil eine Klassenstärke von 31 Schülern haben, eingehalten werden. Diese vier Räume sind zwischenzeitlich leider vom Wasserschaden betroffen und fallen so voraussichtlich bis zum Ende des laufenden Schuljahres 2020/21 aus.

Im neuen Schuljahr 2021/22 benötigt das Gymnasium weitere sechs Räume um die neuen Schülerinnen und Schüler unterzubringen. Die Unterbringung wird im 2. OG erfolgen. Daher wird nun um Freigabe der Mittel für die Ausstattung von zwei Meandern im 2. OG (östlich des Wasserschadens) mit interaktiven Tafeln für insgesamt 10 Räume, bereits zum jetzigen Zeitpunkt gebeten. Eine Möblierung (Tische, Stühle und Regale) ist bereits vorhanden.

Diese Investition wäre ohnedies im August 2021 zu tätigen. Durch die vorgezogene Anschaffung könnte der Unterricht wie vor dem Wasserschaden und unter Pandemiebedingungen (Präsenzunterricht mit Mindestabstand) voraussichtlich ab Ostern wieder im entsprechenden Umfang optimal durchgeführt bzw. fortgesetzt werden.

Gemäß der vorliegenden Kostenaufstellung (Stand 04.03.2021) des Ingenieurbüro KNAB, München, belaufen sich die Kosten für die zusätzlichen 10 interaktiven (digit.) Tafeln auf 84.299 EUR (brutto).

Das Gemeinderatsmitglied Herr Gutmann hat zu diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal verlassen und sich nicht an der Beratung und Beschlussfassung beteiligt.

Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat stimmt der vorgezogenen Anschaffung der 10 interaktiven Tafeln zu. Die Verwaltung wird mit der Beschaffung der Geräte beauftragt. Erforderliche Haushaltsmittel sind unter der HHSt. 23010.9350 zu verbuchen.

Hauptamt

144 21 **Geschosswohnungsbau an der Münchner Straße 85 (ehemals Wehnerhof); Ergänzungen zum Thema Nachhaltigkeit der Planungsvorgaben für den Architektenwettbewerb**

Der Erste Bürgermeister erinnert an den Gemeinderatsbeschluss vom 11.02.2021, Nr. 124.

In diesem wurde beschlossen, dass unter anderem ein Fachberater für energetisches Bauen aufzunehmen ist. Frau Dipl. Ing. Veronika Reisser Architektin und Energieberaterin der Bayerischen Architektenkammer wurde für diesen Zweck kontaktiert.

12. Sitzung des Gemeinderates vom 11.03.2021

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Mit E-Mail vom 26.02.2021 wurden von Frau Reisser noch folgende Ergänzungen zu den beschlossenen Planungsvorgaben zum Thema Nachhaltigkeit vorgeschlagen:

1. Der Leitfaden Nachhaltiges Bauen des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI), Stand Januar 2019 ist zu beachten
2. Flächenversiegelung minimieren
(Prozentuale Angabe der versiegelten Fläche),
3. Regenwassermanagement
Verdunstungs- und Rückhaltungsmöglichkeiten beschreiben
Nutzung von Regen- oder Grauwasser sowie Reduzierung des Trinkwasserverbrauchs
4. Dach- und Fassadenbegrünung ist wo möglich einzuplanen
5. Baustoffe:
Einsatz von recycelten, recycelbaren oder wiederverwendbaren Baustoffen.
Nachwachsende Rohstoffe werden bevorzugt,
Anteil von nachwachsenden Rohstoffen, angeben (z.B. Definition von Nawaros)
Ausschluss von gesundheitsgefährdenden Baustoffen
6. Energieeffizienz:
Minimierung des Energiebedarfs und Reduzierung des Gebäudeenergieverbrauchs
Der gesetzliche Mindeststandard soll unterschritten werden (z.B. 40% der GEG-Anforderungen oder KfW-Effizienzhaus 55, 40 oder 40 Plus)
7. Angabe von folgenden Faktoren:
-A/V-Verhältnis, d.h. möglichst wenig Aussenfläche bei möglichst großem Gebäudevolumen.
-Fensterflächenanteil nach Himmelsrichtung aufgeschlüsselt
8. Heizung und Warmwasser:
Der Anschluss an die Geothermie mit 100% regenerativem Anteil ist vorgegeben.
9. Strom
Die Integration von Photovoltaik-elementen auf dem Dach oder der Fassade wird begrüßt.
10. Die Zertifizierung „Nawoh“ wird angestrebt.

Die E-Mail vom 26.02.2021 wurde dem Gremium zugestellt.

Sollte sich der Gemeinderat für die vorgeschlagenen Ergänzungen von Frau Reisser ganz oder teilweise anschließen, sind diese in den Planungsvorgaben Stand 11.02.2021 zu ergänzen.

Beschluss: 21 : 0

12. Sitzung des Gemeinderates vom 11.03.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Gemeinderat nimmt die Ergänzungen von Frau Dipl. Ing. Veronika Reisser Architektin und Energieberaterin der Bayerischen Architektenkammer zur Kenntnis.

Folgende Ergänzungen sind in die Planungsvorgaben Stand 11.2.2021 aufzunehmen:

1. Der Leitfaden Nachhaltiges Bauen des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI), Stand Januar 2019 ist zu beachten
2. Flächenversiegelung minimieren
(Prozentuale Angabe der versiegelten Fläche),
3. Regenwassermanagement
Verdunstungs- und Rückhaltemöglichkeiten beschreiben
Nutzung von Regen- oder Grauwasser sowie Reduzierung des Trinkwasserverbrauchs
4. Dach- und Fassadenbegrünung ist wo möglich einzuplanen
5. Baustoffe:
Einsatz von recycelten, recycelbaren oder wiederverwendbaren Baustoffen.
Nachwachsende Rohstoffe werden bevorzugt,
Anteil von nachwachsenden Rohstoffen, angeben (z.B. Definition von Nawaros)
Ausschluss von gesundheitsgefährdenden Baustoffen
6. Energieeffizienz:
Minimierung des Energiebedarfs und Reduzierung des Gebäudeenergieverbrauchs
Der gesetzliche Mindeststandard soll unterschritten werden (z.B. 40% der GEG-Anforderungen oder KfW-Effizienzhaus 55, 40 oder 40 Plus)
7. Angabe von folgenden Faktoren:
-A/V-Verhältnis, d.h. möglichst wenig Außenfläche bei möglichst großem Gebäudevolumen.
-Fensterflächenanteil nach Himmelsrichtung aufgeschlüsselt
8. Heizung und Warmwasser:
Der Anschluss an die Geothermie mit 100% regenerativem Anteil ist vorgegeben.
9. Strom
Die Integration von Photovoltaik-elementen auf dem Dach oder der Fassade wird begrüßt.

Darüber hinaus sind in den Planungsvorgaben noch die in heutiger Sitzung beschlossene Fahrradabstellsatzung (FabS) für das Gemeindegebiet Unterföhring und dass die lichte Höhe der Tiefgarage (TG) ein Mindestmaß von 2,20 m haben muss.

Die Planungsvorgaben erhalten den Stand 11.03.2021 und sind an die

12. Sitzung des Gemeinderates vom 11.03.2021

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

BML-Bauservice GmbH zur Vorbereitung des Planungswettbewerbs zuzuleiten.

AZ 621
Bauamt

145 21 **Bekanntgaben / Anfragen**

AZ 024
Hauptamt

145 21 **Bekanntgaben / Anfragen**
BEK 03.2021 Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Echtzeitanzeige am S-Bahnhof

Am Mittwoch, den 03.03.2021 wurde die Echtzeitanzeige am Kreisel S-Bahnhof in Betrieb genommen.
Beim Aufbau wurde die reflektierende Glasscheibe zerstört, die innerhalb der nächsten vier Wochen ersetzt werden soll. Der bisher noch verzinkte Rohrständer wird in der Farbe des Rahmens der Echtzeitanzeige, innerhalb der nächsten vier Wochen gestrichen.

Angezeigt werden in Echtzeit die Abfahrtszeiten der Linien S8, 189 und 232. Bei der Linie 232 (Ortsbus) werden allerdings vom Betreiber (MVV) keine Prognosedaten geliefert, d.h. es kann nur angezeigt werden, was der MVV für Daten in die Schnittstelle der Datendrehscheibe „DEFAS“ einspeist.

Für die MVV-Linien 233 und 234 sind noch keine Schnittstellen in der Datendrehscheibe DEFAS vorhanden.

Die Verwaltung wird bezüglich der Daten, die durch den MVV in die Datendrehscheibe „DEFAS“ eingespeist werden müssen, beim MVV nochmals nachfragen und den Gemeinderat entsprechend informieren.

AZ 851
Bauamt

145 21 **Bekanntgaben / Anfragen**
Anfrage Frau Schödl - Rodungsarbeiten Birkenhofstraße (Kleingartenanlage)

Frau Schödl fragt nach – warum Entlang der Birkenhofstraße auf Höhe der Kleingartenanlage Rodungsarbeiten an den Büschen durchgeführt werden. Der Erste Bürgermeister teilt dem Gremium mit, dass dies Vorarbeiten für den

12. Sitzung des Gemeinderates vom 11.03.2021

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Baustellenverkehr im Zuge des Neubaus des Bauhofes sind. Die Vorstandschaft des Kleingartenvereins ist über diese Maßnahmen im Vorfeld informiert worden.

AZ 6000
Bauamt

145

21

Bekanntgaben / Anfragen

Anfrage Herr Gutmann - Niederlegung Mandat wegen Wegzug

Herr Gutmann teilt dem gesamten Gremium mit, dass er sein Mandat als Gemeinderat zur Mai Gemeinderatssitzung (12.05.2021) niederlegen wird, da er seinen Wohnsitz in eine andere Gemeinde verlegt.

AZ 0240
Hauptamt

145

21

Bekanntgaben / Anfragen

Anfrage Herr Mecke - aktueller Stand Rückkauf/Widmung Münchner Straße

Herr Mecke erkundigt sich nach dem aktuellen Stand bezüglich des Rückkaufs / Widmung der Münchner Straße.
Herr Kapfenberger (Bauamtsleitung) teilt dem Gremium mit, dass hier regelmäßig beim staatlichen Bauamt nachgefragt wird – jedoch bis dato noch kein Ergebnis mitgeteilt werden konnte.

AZ 6000
Bauamt

145

21

Bekanntgaben / Anfragen

Anfrage Herr Ilmberger - aktueller Stand zur Durchführung des Bürgerfestes 2021

Herr Ilmberger fragt an, ob das Bürgerfest 2021 stattfinden wird.

Der Vorsitzende teilt dem Gremium mit, dass man diesbezüglich im Kontakt mit dem Festwirt stehe und derzeit Alternativen in Pandemiezeiten zum bisherigen Bürgerfest prüft. Sobald hier neue Erkenntnisse vorliegen, werden diese dem Gemeinderat mitgeteilt.

AZ 6000
Kulturamt

12. Sitzung des Gemeinderates vom 11.03.2021

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

145

21

Bekanntgaben / Anfragen

Anfrage Frau Leitner - Aktueller Sachstand Errichtung Videokonferenzplattform

Frau Leitner erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zur Umsetzung und Installation der Videokonferenzplattform „Jitsi“.

Frau Bühring (Referentin des Bürgermeisters) teilt dem Gremium mit, dass hier noch datenschutzrechtliche Belange geprüft und umgesetzt werden müssen. Sobald diese erledigt sind wird die Plattform in Betrieb gehen.

AZ 0251

Referent des Bürgermeisters

Nachdem keine weiteren Anfragen gestellt werden bedankt sich der Vorsitzende bei den Gemeinderatsmitgliedern für die konstruktive Sitzung sowie bei den Zuhörern und der Pressevertreter*innen für ihren Besuch und schließt die Sitzung um 21:05 Uhr.

Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister

Felix Kinzinger
Schriftführer